

„Thüringer Chaostage“

„Zurück in die Zukunft“, so lautet der Titel einer erfolgreichen Science Fiction-Reihe. Die Regierungsumbildung, die Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) vorgenommen hat, folgt offenbar einem ähnlichen Motto. Die Erfolgsaussichten sind indes höchst unsicher.

Während sich die CDU siegestrunken im Erfolg bei der Bundestagswahl sonnt, kracht es im Freistaat in den Kulissen. Lieberknecht hat Staatskanzleiministerin Marion Walsmann entlassen. In den Medien ist von „Illoyalität“ die Rede, was Walsmann zurückweist. Als „Thüringer Chaostage“ bezeichnet der Sender N-TV das Geschehen – wenig schmeichelhaft für die CDU.

Die konkreten Personalien tun ein Übriges. Die CDU-Landtagsfraktion wurde nicht bedacht – deutliches Zeichen für die Konflikte, die zwischen den Abgeordneten und der Regierungschefin bestehen. Und was immer Lieberknecht vorschwebt, die jüngst berufenen Funktionäre wirken wie das letzte Aufgebot der CDU. Erneuerung sieht anders aus.

Jürgen Gnauck, neuer Staatskanzleiminister und von Lieberknecht als „Macher“ angepriesen, ist sichtbar ein Mann von gestern. Er war bereits im selben Amt tätig – unter Lieberknechts Vor-Vorgänger Bernhard Vogel. Schon seit 2003 hat Gnauck nichts mehr mit der engeren Landespolitik zu tun.

Geradezu desaströs wirkt die zweite Personalentscheidung. Hildigund Neubert wird Staatssekretärin für Europafragen. Ihre letzte Amtszeit als Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen endet bald, die jetzige Berufung riecht nach einem klassischen Versorgungsposten.

Von Fehltritt zu Fehltritt

Gemessen an Gnauck ist Neubert sogar vorgestrig. Die „Ex-Bürgerrechtlerin“ hat zu aktuellen Geheimdienstkandalen wie dem Versagen angesichts der Morde der Neonazi-Terrorgruppe NSU oder der Überwachung des Internets durch die NSA geschwiegen. Sagenhaftes Thüringen: hier kann man mit einem Gesangsstudium Staatssekretärin für Europafragen werden! Sie wolle „Be-

geisterung verbreiten“, hat Neubert angekündigt. Bisher tat sie jahrelang das Gegenteil, mit einem Agieren, das die Grenze des quasi Polit-Autistischen nicht selten überschritt.

Verantwortlich ist Lieberknecht, die derzeit von Fehltritt zu Fehltritt stolpert. Sie gerät zunehmend auch in der CDU, deren Landesvorsitzende sie noch ist, unter Druck.

Walsmann bleibt Abgeordnete, sie wurde zudem für die Wahl 2014 als Direktkandidatin in Erfurt aufgestellt. Lieberknecht muss den einen oder anderen Befreiungsschlag versuchen und bringt eigene Parteigänger in Stellung: der Junge Union-Landesvorsitzende Stefan Gruhner, im Hauptberuf persönlicher Mitarbeiter von Lieberknecht in der Staatskanzlei, wurde als Direktkandidat im Saale-Orla-Kreis installiert, gegen den bisherigen Abgeordneten Siegfried Wetzel. Dass die tief zerstrittene CDU ihre ehrgeizigen Ziele bei der nächsten Landtagswahl nur annähernd erreichen kann, darf bezweifelt werden. Ob die Spitzenkandidatin dann Lieberknecht heißt, muss sich ohnehin zeigen.

Stefan Wogawa

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Juniorpartner SPD

Es ist eine unendliche Geschichte. Vor der Wahl blinkt die SPD links, um danach scharf rechts abzubiegen, in eine Koalition mit der CDU. Zur Form der Inszenierung gehört, dass sich ein kleiner „linker Flügel“ der SPD ergebnislos gegen eine solche Koalition wendet. Regelmäßig machen auch Stimmen die Runde, die SPD müsse nun unbedingt „ihr Verhältnis zur Linkspartei klären“ – jedenfalls bis zur jeweils nächsten Wahl. Diesmal stehen solche Verlautbarungen am Ende eines Wahlkampfes der SPD, der schon völlig lächerlich begann: sie stellte einen „Kanzlerkandidaten“ auf, den sie nur mit Hilfe der Grünen ins Amt bringen wollte, gegen jede Wahlumfrage und den gesunden Menschenverstand. Geclappt hat das – auch daran soll erinnert sein – von 1998 und 2002. In der Konsequenz beteiligte sich die Bundeswehr am Krieg gegen Jugoslawien und die „Hartz-Gesetze“ wurden beschlossen.

Dabei könnte die SPD zumindest rein rechnerisch wieder eine Bundesregierung anführen und dann ihr Wahlprogramm umsetzen – mit Linken und Grünen. Doch das hat sie vorher ausgeschlossen. Nun ist ein SPD-Wahlprogramm zwar meist von vornherein Makulatur, da die Partei nicht selten das Gegenteil von dem macht, was sie vorher versprochen hat. Das aktuelle Programm ist aber offensichtlich Makulatur, wenn die SPD unter Merckels Decke schlüpft. Das scheint der Führung nicht viel zu bedeuten; es werden aktuell die wohl für die Sozialdemokratie wichtigeren Fragen erörtert, wie viele und welche Ministerien sie bekommt. Die SPD gibt die Möglichkeit einer Gestaltungskompetenz auf Bundesebene damit aus der Hand. Ihre Praxis ist die der politischen Selbstkastration. Sie hat sich als Juniorpartner eingerichtet, als politischer Leichtmatrose. Darüber darf man lachen, obwohl es traurig ist.

Fragwürdiger Geheimdienst (Fortsetzung)

(Forts. v. Seite 2) Merkwürdig nur, dass sonst immer kolportiert wurde, man sei mit Brandt nicht nahe genug an die Jenaer Unterstützerszene herangekommen. Noch merkwürdiger der Aufwand, der trotz der guten Quelle Brandt betrieben wurde. Er reichte von Telekommunikationsüberwachung und Observationen bis hin zum Einsatz einer Observationsgruppe des Bundesamtes inklusive Überwachungsflugzeug. Ein Vorgang, der so einmalig in Thüringen sein dürfte, und den Verdacht nährt, dass seitens des Verfassungsschutzes doch ein besonderes Interesse an den Dreien bestand, das sich nicht aus dem Bombenfund allein speiste.

Auch ein weiterer Punkt gibt diesbezüglich zu denken. So führte Nocken aus, der Verfassungsschutz habe damals über die Eltern das Trio zur Aufgabe bewegen wollen und dafür sogar das Honorar eines eingeschalteten

Anwalts übernommen. Der damalige Leitende Oberstaatsanwalt in Gera, Arndt Koeppen, habe dazu ein Angebot gemacht, welches aber abgelehnt wurde.

Diese Geschichte bestätigte der ebenfalls gehörte Koeppen insoweit nicht, als er behauptete, jegliche Verhandlungen gegenüber dem Anwalt abgelehnt zu haben. Koeppen, der fast über die gesamten Neunziger Jahre in Gera Verantwortung getragen hatte und später als Staatssekretär im Thüringer Justizministerium wirkte, konnte seinerseits nur wenig zur Aufklärung beitragen.

Allerdings bestätigte er die Aussage des Geraer Staatsanwaltes Gerd Michael Schultz, dass sich die Staatsanwaltschaft schon früh, aufgrund des Verdachts, die Flüchtigen erhielten staatlicherseits Hilfe, an den Thüringer Verfassungsschutz gewandt hatte. Den entsprechenden Fragen-

katalog habe wohl der damalige Präsident Helmut Roewer kurz und negativ beantwortet.

Auch kann als gesichert gelten, dass er in seiner Zeit als Justizstaatssekretär ein Gespräch mit seinem Kollegen, dem damaligen Innenstaatssekretär Manfred Scherer, bezüglich der Aktivitäten des Verfassungsschutzes bei der Suche nach dem Trio hatte. Inhalte und Ergebnisse konnte er jedoch nicht erinnern.

So bleiben weiterhin viele Fragen offen. Antworten auf einige könnte vielleicht bereits in der nächsten Sitzung des Untersuchungsausschusses am 7. Oktober Herr Roewer geben. Ob und wann weitere Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, aber auch Herr Scherer, gehört werden, ist derzeit noch nicht entschieden.

Steffen Trostorf

Journalisten-Bespitzelung auch in Thüringen?

Die Bespitzelung von Journalisten durch den niedersächsischen Verfassungsschutz ist für die Linksfraction im Thüringer Landtag Anlass, sich mit einer parlamentarischen Anfrage an die Landesregierung zu wenden. Die rechtswidrige Erfassung von Informationen und Daten von Journalisten wurde durch eine von der Präsidentin veranlasste Prüfung offenbart. Weder parlamentarische Kontrolle noch individuelle Auskunftersuchen haben dazu geführt, dass dieses rechtswidrige Handeln aufgedeckt wurde. Die Betroffenen wurden sogar noch belogen. Dabei sind Journalisten durch die Verfassung besonders geschützt. „Der Vorgang in Niedersachsen dokumentiert doch zweierlei: Erstens, für den Inlandsgeheimdienst ‚Verfassungsschutz‘ sind selbst Verfassungsschranken nichtig, und zweitens, Aussagen über dessen Umtriebigkeit in Vergangenheit und Gegenwart sind alles andere als glaubwürdig. Durch die Vernichtung der Akten ist das ganze Ausmaß der Speicherung auch nicht mehr vollständig aufzuklären“, sagte Martina Renner.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.